

19.10.2006 - Meinung / Gastkommentare

## Zwischen Intervention und Resignation

GASTKOMMENTAR VON GERHARD MANGOTT UND MARTIN SENN

*Verschiedene Antworten auf die globale Herausforderung eines nuklearen Nordkoreas.*

N

ach dem Test eines nuklearen Sprengsatzes durch Nordkorea stellt sich die Frage, welche Handlungsoptionen sich der internationalen Gemeinschaft angesichts dieser Provokation erschließen.

Die USA drängen als Bündnispartner Japans und Südkoreas, aber auch aus eigenen Sicherheitsinteressen auf energische Gegenreaktionen, da sie sowohl eine langfristige Gefährdung der US-Westküste, kurz- und mittelfristig vor allem aber die Weitergabe nuklearer Kenntnisse und Technologie an (nicht-)staatliche Akteure fürchten.

Das Arsenal an Gegenreaktionen durch die US-Administration ist breit gefächert. Das neokonservative Lager strebt einen ideologisch argumentierten militärischen Regimewechsel an. Dieses Szenario wird - obwohl nicht offiziell verfolgt - von der Administration als optimal erachtet, ist aber nicht zu erwarten. Die US-Streitkräfte sind in Afghanistan und Irak gebunden, die verbleibenden Kräfte reichen für einen raschen und opferarmen Feldzug nicht aus. Zudem ist das Vergeltungsarsenal Nordkoreas beträchtlich, sodass vor allem Südkorea und Japan mit massiven Zerstörungen rechnen müssten. Ein militärisches Szenario würde auch die von den USA geschmiedete Koalition sprengen: Russland und China lehnen einen Waffengang entschieden ab, auch Südkorea wäre dafür nicht zu gewinnen.

Präzisionsschläge gegen Nuklear- und Raketenanlagen wären eine alternative Verhaltensoption. Dagegen sprechen mangelhafte Kenntnisse über Standorte und konventionell nur schwer zerstörbare verbunkerte oder unterirdische Anlagen. Die nordkoreanische Führung würde zudem auch einen solchen Militärschlag als Existenzbedrohung deuten und das volle Eskalationsszenario ausreizen.

Das realistische Lager in Washington lehnt daher eine Intervention ab. Dessen konservative Fraktion möchte das Regime vielmehr durch harte multilaterale Sanktionen stürzen. Wegen massiver Flüchtlingsströme, immenser finanzieller Kosten einer Stabilisierung Nordkoreas (v. a. für Südkorea) und des mutmaßlichen Vorrückens von US-Streitkräften an Chinas Grenzen, lehnen China und Südkorea dies ab.

Das progressive realistische Lager in der US-Führung betont daher, dass es genüge, die Absichten und das Verhalten Nordkoreas zu ändern. Dies kann durch harte Sanktionen versucht werden, ist aber durch begleitende Verhandlungen vermutlich leichter zu erreichen. Aber auch in diesem Lager besteht nachhaltige Skepsis, dieses Ziel durch direkte Verhandlungen mit Nordkorea erreichen zu können. Durch das Beharren auf multilateralen Gesprächen soll vor allem vermittelt werden, dass kein Staat Zugeständnisse der USA durch nukleare Drohung erzwingen kann, wodurch Nachahmungseffekte verhindert werden sollen.

Grundlage für das Engagement von China, Südkorea, Japan, Russland und den USA ist das geteilte Interesse, ein nukleares Nordkorea und einen nuklearen Rüstungswettlauf in Ostasien zu verhindern. Die USA sind gut beraten, dieses gemeinsame Interesse zu nutzen und keine Schritte zu setzen, die dieses Forum sprengen könnten. Daher bleiben letztlich nur durch Sanktionen abgestützte Verhandlungen als einzig realistische Option übrig. Die jüngste Resolution 1718 des Sicherheitsrates errichtet ein deutlich härteres Sanktionsregime als die Resolution 1695 vom Juli 2006. Das partielle Waffenembargo, die Unterbindung der Lieferung von militärisch nutzbaren Gütern, vor allem aber das von den USA aus der Resolution abgeleitete Recht auf Überprüfung von Seetransporten von und nach Nordkorea bieten nach den

Finanzsanktionen durch die USA, Japan und Australien weitergehende Möglichkeiten, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen.

Die Sanktionen werden aber trotzdem nur begrenzt wirksam sein, da China die Durchsuchung nordkoreanischer Fracht ablehnt und damit der Landweg für nordkoreanische Exporte offen bleibt. Auch Südkorea hat sich noch nicht gänzlich zum Abbruch der Sonnenscheinpolitik durchgerungen.

Durch Sanktionen gestützte und erzwungene Verhandlungen sehen sich aber der Frage ausgesetzt, ob das Atomar- und Raketenarsenal für Nordkorea überhaupt verhandelbar ist? Es ist weiterhin unklar, ob Pjöngjang Nuklearwaffen und Trägermittel als unverzichtbares und unverhandelbares Abschreckungsinstrument oder aber als Verhandlungskapital sieht, das für regimestabilisierende Gegenleistungen wie Wirtschaftshilfe oder Sicherheitsgarantien eingetauscht werden kann.

Hält Pjöngjang an Nuklearwaffen fest, sind Verhandlungen nutzlos. Letztlich bleibt dann nur die faktische Anerkennung Nordkoreas als nuklear gerüsteter Staat bei gleichzeitiger Unterbindung der Proliferation sensibler Technologien und die Hoffnung auf einen evolutionären Regimewechsel. Zugleich müsste die Verteidigung Südkoreas und Japans durch den Ausbau regionaler Raketenabwehrssysteme (Aegis, PAC-3) gestärkt werden.

Wenn das Nukleararsenal für Nordkorea aber verhandelbar ist, stellt sich die Frage nach dem Verhandlungsformat. Nordkorea drängt auf bilaterale Gespräche mit den USA, zumindest im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche. Dies wird von den USA aber unter Verweis auf die vorrangig regionale Dimension des Nuklearproblems abgelehnt. Zudem wären direkte Gespräche in den Augen der USA eine indirekte Belohnung des nordkoreanischen Verhaltens. Angesichts der Beharrlichkeit Nordkoreas ist aber eine Haltungsänderung der USA unabdingbar. In den USA wird diese bereits intensiv diskutiert, vor allem im Rahmen der Baker/Hamilton-Kommission, die direkte Gespräche der USA mit ihren Feinden einmahnt. Eine vorsichtige Haltungsänderung hat die Bush-Administration bereits mit der Zusage bedingter multilateraler Verhandlungen mit Iran gezeigt.

Nordkorea fordert in den Verhandlungen direkte Sicherheitsgarantien der USA - diese sind jedoch nur zu multilateralen Sicherheitsgarantien bereit. Zudem verlangt Nordkorea Energie-, Wirtschafts- und Finanzhilfe. Für die USA und Japan ist diese aber ohne umfassende, überprüfbare und irreversible Abrüstung des Raketen- und Nuklearprogramms und den Wiedereintritt Nordkoreas in den NPT (Non Proliferation Treaty; Vertrag, der die Verbreitung von Atomwaffen verhindern soll, Anm.) undenkbar. Der Betrug Nordkoreas im Rahmen des Agreed Framework von 1994 dient jedoch als Warnung bezüglich Pjöngjangs Pakttreue.

Entscheidend werden in Verhandlungen daher die Verifikation und die Sequenzierung sein. Wie kann sichergestellt werden, dass Nordkorea seine Verpflichtungen einhält und internationale Kontrollen akzeptiert? Schwieriger aber noch wird die Abfolge der von den Parteien zu setzenden Schritte zu regeln sein. Ist die Unterstützung durch die USA, Südkorea und Japan an eine vorherige Abrüstung Nordkoreas gebunden oder umgekehrt? Letztlich wird die Formel wohl lauten müssen: freeze, deliver and dismantle. Nordkorea muss sein Nuklearprogramm nachweislich und überprüfbar einfrieren, um die geforderten Gegenleistungen zu erhalten. Darauf muss ein international kontrollierter und überwachter vollständiger Abrüstungsprozess folgen.

Kritiker dieses Ansatzes zweifeln an der Verhandlungsbereitschaft Nordkoreas. Die nordkoreanische Führung wird aber ihr zentrales Ziel der Regimeabsicherung nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die nukleare Bewaffnung kann das Regime gegen außen absichern, internationale Sanktionsregime als Bestrafung dafür können das Regime durch die sozialökonomische Verwahrlosung aber mittelfristig von innen gefährden. Dieses Dilemma stellt das zentrale Verhaltensproblem Nordkoreas dar.

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Mangott und Mag. Martin Senn sind Mitarbeiter des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck.

meinung@diepresse.com

